

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

Entschließung Nr. 3

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Rassismus, Rechtsentwicklung und Neofaschismus bekämpfen

Diese Entschließung beinhaltet eine Aktualisierung der entsprechenden Entschließung der Bezirksdelegiertenkonferenz vom September 2015. Die dort aufgestellten Forderungen und Aufgabenstellungen sind zur inhaltlichen Vollständigkeit am Schluss nochmal aufgeführt.

Seit mehreren Jahren vollzieht sich in unterschiedlicher Entwicklung in allen Staaten der EU ein Anwachsen nationalistischer und rassistischer Parteien. Die Ursachen sind aktueller und langfristiger Art und vielschichtig. Hintergrund ist der beständige unterschwellige Nationalismus in Teilen der Bevölkerung und sind die sozialen Auswirkungen des neoliberalen gesellschaftlichen Systems, der Abbau der Demokratie durch Zentralisation bei den Institutionen der EU und damit verbundene Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte.

Die aktuelle Flüchtlingsbewegung und der Umgang mit den Flüchtenden haben in der EU zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und einer Rechtsentwicklung auch bei konservativen, christlichen, liberalen und sozialdemokratischen Regierungsparteien geführt.

In Deutschland wird seit mehr als einem Jahrzehnt in der Bevölkerung ein Anteil von rund 20% mit einem mehr oder weniger geschlossenen faschistoiden Weltbild festgestellt. In der Auseinandersetzung um den Umgang mit den Geflüchteten haben vor allem Politiker/Innen der CSU und auch der CDU mit nationalistischen und rassistischen Äußerungen und Forderungen dieses Bewusstsein befördert. Auch aus der SPD und den Grünen wird mit der Debatte über "Grenzen der Belastbarkeit" und einer Politik der Flüchtlingsabwehr die Rechtsentwicklung gestärkt. Aussagen aus der Partei „Die Linke“ zur Kontingentierung o.ä. mögen den Seehofer und DeMaiziere gefallen, bestärken aber nicht die Helfer/Innen der Geflüchteten in ihrer Arbeit.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge der letzten Wochen und Monate verschiedener islamistischer Organisationen wird die Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens ausgebaut und demokratische Rechte abgebaut. Die öffentliche Meinungsbildung kannte kein anderes Thema. Die anhaltenden rassistischen Gewalttaten waren keine Erwähnung mehr wert.

Mit den Grenzsicherungsanlagen zu Griechenland und der Einrichtung von bewachten Internierungslagern wurde das sich Durchschlagen von Geflüchteten in andere europäische Staaten verhindert. Und mit dem EU-Türkei-Abkommen zur Abwehr der Geflüchteten an der EU-Außengrenze sind die Forderungen rassistischer Regierungspolitiker, der AdF und NPD erfüllt. Das Aussortieren übernimmt die Türkei. Das ist ein Land in dem Woche für Woche demokratische Rechte abgebaut werden, in dem Bürgerrechtler/Innen, Journalist/Innen und Abgeordnete verhaftet und zu Gefängnishaft verurteilt werden, das ist ein Staat, der fortgesetzt Krieg gegen den kurdischen Teil der Bevölkerung führt und den „IS“ unterstützt.

Politische Gegner und Völkerrechtler weisen darauf hin, dieses Abkommen widerspreche dem deutschen Asylrecht und widerspreche der Genfer Flüchtlingskonvention.

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

Ein wirkungsvoller Widerstand gegen die gegenwärtige verschärfte und verbreiternde Rechtsentwicklung muss deshalb ebenfalls breiter entwickelt werden; er darf keine Einnengung zulassen. Wir brauchen eine breite und beständige Bewegung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die antifaschistische Aktivist/Innen erfasst und zumindest Teile der Menschen, die sich konkret in der Hilfe und Betreuung für Flüchtlinge engagieren.

- Wir erwarten, dass die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke initiativ wird, um die Verfassungs- und Völkerrechtswidrigkeit des EU-Türkei-Abkommens festzustellen.
- Wir erwarten von demokratischen Journalist/Innen jegliche rassistische Wortwahl zu rückzuweisen und zu verurteilen ohne Ansehen der Person.
- Wir fordern die Aufnahme aller Geflüchteten, die in unser Land wollen und eine menschenwürdige Unterbringung.
- Wir fordern den Stop aller Rüstungsexporte in Krisenregionen und eine Sondersteuer auf alle Rüstungsexporte zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben für Kriegsflüchtlinge.
- Wir fordern von der Bundesregierung ein Sozial- und Investitionsprogramm zum Bau von Wohnungen für Wohnungssuchende gleich welcher Nationalität und Religion, eine Bildungsoffensive (Einstellung einer ausreichenden Anzahl von Lehrer/Innen; Neubau und Wiederinbetriebnahme geschlossener Schulen; mehr Finanzmittel für die Universitäten), finanziert von der Bundesregierung als außerordentliche Maßnahme, und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Daseinsfürsorge und weiteren nachhaltigen Bereichen.

Wir Kommunist/Innen werden weiterhin gemeinsam mit anderen antifaschistischen, demokratischen und linken Kräften in unserem Land das Auftreten von Nationalisten, Rassisten und Neofaschisten wirksam bekämpfen.

Wir fordern konsequente Abkehr vom Antikommunismus als Staatsdoktrin. Er fördert Intoleranz, Hass und Gewalt. Die Behörden müssen endlich die vom Neofaschismus ausgehende ständige Gefahr ernst nehmen und effektiv bekämpfen.

- Wir fordern die Aufnahme des 8. Mai, des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, als Gedenktag in die Landesverfassung. Damit würde ein wichtiger Beitrag geleistet, ein antifaschistisches Massenbewußtsein zu fördern.
- Durch ihre sogenannten V-Leute haben die Geheimdienste die Naziszene mit Geld und warnenden Informationen versorgt sowie Ermittlungen bewusst behindert. Wir fordern deshalb die Ausschaltung aller V-Leute und die Auflösung der Geheimdienste.
- Die NPD erweckt durch Legalität den Eindruck, ihre rassistische, antisemitische und antidemokratische Hetze sei ein legitimes nationales Anliegen. Solange sie sich überwiegend aus Steuergeldern finanziert, verleiht sie der gesamten neofaschistischen Szene den Anschein der Legitimität. Die NPD muss verboten werden! Wir protestieren gegen die Weigerung der CDU-SPD-Landesregierung, sich dem Antrag mehrerer anderer Bundesländer auf Verbot der NPD anzuschließen. Hier entlarven sich die Fensterreden der Ministerpräsidentin als hohle Phrase.

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

- Wir fordern das Verbot jeglicher rassistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Aktivitäten, sowie ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen entsprechend dem antifaschistischen und antirassistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Justiz muss endlich aufhören, den Feinden der Demokratie Freiräume zu gewähren. Menschen, die versucht haben neofaschistische Demonstrationen zu verhindern, dürfen nicht juristisch belangt werden. Laufende Verfahren müssen eingestellt werden.
- Als konkreten Beitrag gegen das Auftreten neonazistischer Kräfte im Saarland fordern wir die Öffentlichkeit auf, weiterhin an das Wirken antifaschistischer Widerstandskämpfer zu erinnern und die Opfer des Faschismus zu ehren. Die in zahlreichen Orten des Saarlandes erfolgte Verlegung von "Stolpersteinen" muss fortgesetzt werden. Diese Projekte bieten vielfache Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler für diese Aktivitäten zu gewinnen und diese somit mit dem Wirken der Geehrten vertraut zu machen. Besonders wirksame Initiativen kamen in diesem Zusammenhang von der VVN - Bund der AntifaschistInnen und von Genossinnen und Genossen unserer Partei. Gleiches gilt für antifaschistische Stadtrundfahrten.
- Wir fordern mehr antifaschistische Unterrichtsinhalte an den Schulen. Jede Klasse sollte mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine antifaschistische Gedenkstätte in der Region besuchen.